

Das neunte Rezessionsjahr

Deutschland beendet 2023 in der Rezession. Ökonomen sind uneins, ob die Wirtschaft sich in diesem Jahr daraus befreien kann. Der monatliche Konjunkturbericht der F.A.Z.

Von Patrick Welter, Frankfurt

Seit ihrer Gründung 1949 erlebte die Bundesrepublik Deutschland nur acht Mal ein Jahr mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung. Das erste Mal war eine Minirezession im Jahr 1967, die nach Jahren des Wirtschaftswunders in Politik und Bevölkerung einen regelrechten Schock auslöste. Die beiden letzten Schrumpfungsepidemien gab es 2009 und 2020, als Folge der globalen Finanzkrise und der Covid-Pandemie. Jetzt ist es wieder so weit.

Eine offizielle Berechnung über das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr wird es erst Mitte Januar geben. Volkswirte und Konjunkturforscher gehen aber schon jetzt recht einheitlich davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr um rund 0,2 Prozent geschrumpft ist. Das entspräche im Ausmaß in etwa der Minirezession im Jahr 1967. Von einem Schock, der wie damals die deutsche Politik aufrüttelt, ist freilich nichts zu spüren.

Nach zwei Jahren, in denen das Wachstum quartalsweise um die Nulllinie schwankte, weckt die Rezession keine großen Ängste. Der Arbeitsmarkt hält sich in Zeiten des Fachkräftemangels ungewöhnlich stabil, die Reallöhne steigen, und die schlimmsten Folgen des Inflationsschubs in den vergangenen Jahren wurden von der Regierung großzügig auf Kosten des Steuerzahlers aufgefangen. Die Deutschen sind dennoch vorsichtig, was sich zuletzt in einem sehr verhaltenen privaten Konsum zeigte.

Für dieses Jahr haben die wirtschaftlichen Aussichten sich in den vergangenen Wochen spürbar verschlechtert, auch, aber nicht nur wegen der durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erzwungenen zusätzlichen Sparbemühungen der Regierung. Reihenweise haben die Konjunkturforscher ihre Prognosen herabgesetzt. In einer Zusammenstellung der Nachrichtenagentur Bloomberg erwarten 43 Prognostiker für dieses Jahr im Durchschnitt nur noch ein Wirtschaftswachstum von knapp 0,3 Prozent. Als gesichert darf gelten, dass die noch nicht angepasste Herbstprognose der Bundesregierung mit einem Wachstum von 1,3 Prozent mittlerweile deutlich überholt ist, mit allen damit verbundenen Folgen für die erwarteten

Steuereinnahmen. Die Spanne der Prognosen ist weit. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) prognostiziert eine Wachstumsbeschleunigung auf 0,9 Prozent und zählt zu den größten Optimisten. Das privatwirtschaftliche Institut Kiel Economics, das sich vor Jahren aus dem IfW ausgegründet hatte, führt das kleinere Lager der Pessimisten an und erwartet eine Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts um 1 Prozent. Der Prognosewettbewerb im Norden spiegelt eine generelle Tendenz in den aktuellen Vorhersagen.

Banken und privatwirtschaftliche Institute sind in ihrem Ausblick für Deutschland in diesem Jahr tendenziell pessimistischer als die großen Wirtschaftsforschungsinstitute, die durch staatliche Zuwendungen gestützt werden. Neben Kiel Economics erwarten zum Beispiel Commerzbank, Deutsche Bank, Citigroup, HSBC, ING oder Nomura eine abermalige Schrumpfung der Wirtschaftsleistung. Auch die Tarifpartner sind sich darin einig: Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (minus 0,5 Prozent) und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (minus 0,3 Prozent) rechnen mit einem weiteren Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren dagegen eine Wachstumserholung auf 0,5 bis 0,9 Prozent.

Das generelle Konjunkturbild der Optimisten unterscheidet sich in Nuancen. Die Erholung soll weitgehend aus dem Inland kommen, mit einer Belebung des privaten Konsums und der Unternehmensinvestitionen. Die Ökonomen verweisen auf wieder steigende Reallöhne, hohe Tarifabschlüsse und die sinkende Inflation. Die Investitionen der Unternehmen könnte anschieben, dass die

nach den Covid-Wirren vorsichtshalber gut aufgefüllten Lager sich zunehmend leeren und mehr Nachfrage aus laufender Produktion bedient werden muss. Vom Außenhandel her erwarten die meisten Forscher nur verhaltene Impulse, zumal die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten sich abschwächt und China noch an den Verwerfungen am Immobilienmarkt herumlaboriert.

Die Pessimisten halten dagegen, dass die Produktion im vergangenen Jahr weitgehend aus den Vorjahren „geliehen“ wurde, weil die Unternehmen noch den Auftragsstau der Covid-Pandemie abgearbeitet hätten. Damit aber sei nun Schluss, und die schlechte Entwicklung der Neuaufträge werde nun zügig auf die Produktion durchschlagen. Besonders deutlich werde sich das in der Bauwirtschaft zeigen, die nach einhelliger Meinung in der Krise verharren wird. Die Konjunkturpessimisten sind ferner skeptischer, wie sehr die Verbraucher ihre Konsumzurückhaltung ablegen werden.

Stimmungsumfragen unter Unternehmen und unter Verbrauchern haben sich zuletzt nur minimal verbessert. Die entsprechenden Indikatoren liegen unverändert auf einem niedrigen Niveau, das mit einer Rezession kompatibel ist. In der Verbandsbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft erwarten nur 9 von 47 Wirtschaftsverbänden, dass ihre Unternehmen in diesem Jahr mehr produzieren werden als zuvor. 23 Verbände aber sind der Ansicht, dass es noch schlechter werden wird. 22 Verbände rechnen mit einem Rückgang der Investitionen. Besonders gilt das – Stichwort Klimapolitik – für die energieintensiven Wirtschaftsbereiche und – Stichwort Geldpolitik – für das Baugewerbe, das besonders von den höheren Zinsen getroffen ist.

Das Gros der Konjunkturforscher erwartet dennoch, dass Deutschland die entschiedenen Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank seit 2022 um 4,5 Prozentpunkte nur mit einer kleinen Konjunkturdelle wegsteckt. Den Ökonomen von Kiel Economics scheint das nicht plausibel. Sie erwarten als Folge der starken geldpolitischen Straffung eine schwere Rezession. Die Erfahrung zeige, dass ähnliche Zinserhöhungen in früheren Jahrzehnten Deutschland immer in eine Rezession gedrückt hätten, argumentiert der Chef von Kiel Economics, Carsten-Patrick Meier. Mit seinem Konjunkturmodell, das mehr als andere historische Zusammenhänge berücksichtigt, prognostiziert Meier eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 1 Prozent in diesem und im kommenden Jahr.

Sollten die Pessimisten unter den Konjunkturforschern recht behalten und Deutschland 2024 in ein zweites Rezessionsjahr schlittern, wäre das keine Premiere. Schon einmal, 2002 und 2003, schrumpfte die Wirtschaftsleistung zwei Jahre nacheinander, um 0,2 und 0,7 Prozent. Es war die Zeit, in der Deutschland als der kranke Mann Europas beschrieben wurde. Die lange Rezession verschaffte dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) den Mut, mit der Agenda 2010 unpopuläre Reformen am Arbeitsmarkt durchzusetzen, die Deutschland wieder auf einen steileren Wachstumspfad führten.

Ökonomen bezweifeln, ob mit dem vergleichsweise robusten Arbeitsmarkt der Leidensdruck in der Bevölkerung heute schon hoch genug für entschiedene Reformen ist. Politisch entbehrte es nicht der Ironie, falls es wieder einer zwei Jahre andauernden Rezession bedürfte, damit ein sozialdemokratischer Kanzler Reformen für mehr Wachstum in die Wege leitete.